

Politischer Jahresbericht

# Regionalbüro Ostafrika & Horn von Afrika 2007/2008



**Nairobi**

**Länderbüro Regionalbüro Ostafrika & Horn von Afrika, Juni 2007 – Juni 2008**

Dr. Axel Harneit-Sievers

Juli 2008

# Inhalt

<b>Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>Kenia</b>	<b>4</b>
Kenia im Wahlkampf	4
Die Wahlen	5
Gewaltkrise	6
Internationale Vermittlung	7
Die „Große Koalition“	8
<b>Somalia</b>	<b>12</b>
„Irak-Szenario“ am Horn von Afrika	12
Neue Friedensbemühungen, bleibende Skepsis	14
Somaliland: Fragile Stabilität	16
<b>Horn von Afrika</b>	<b>17</b>
<b>Ausblick</b>	<b>21</b>
<b>Abkürzungen</b>	<b>23</b>

## Zusammenfassung

Das Horn von Afrika ist eine heterogene Region. Es umfasst im engeren Sinne die Staaten Äthiopien, Somalia (einschließlich seiner als „Somaliland“ nach Unabhängigkeit strebenden Nordwestregion), Eritrea und Djibouti und im weiteren Sinne Kenia, Uganda, und den Sudan. Die Region wird politisch durch die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) integriert. Mehrere große Staaten der Region, vor allem Kenia, Uganda und Äthiopien, verzeichneten eine insgesamt solide Wirtschaftsentwicklung. Doch das Horn von Afrika weist nach wie vor eine große Zahl inner- und zwischenstaatlicher Gewaltkonflikte auf, die die regionale Politik und ihre internationale Wahrnehmung dominieren.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf Kenia und Somalia. Die beiden Staaten bilden neben Äthiopien einen Schwerpunkt in der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region. Der Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der weiteren Region und konzentriert sich auf die zahlreichen, miteinander verwobenen Konflikte.

Die Krise nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen in Kenia am 27. Dezember 2007 machte das Ausmaß der sozialen und politischen Probleme selbst in diesem oft als „Insel der Stabilität“ betrachteten Land deutlich, das phasenweise zum Opfer einer ethno-politischen Gewalteskalation zu werden drohte. Allerdings setzte Kenia auch wieder ein positives Beispiel, als die Krise unter erheblichem internationalen Druck innerhalb von zwei Monaten durch einen politischen Vermittlungsprozess beigelegt wurde. Der führte zu einer „Großen Koalition“, deren Stabilität als vorsichtig optimistisch eingeschätzt werden kann.

Im Kontrast dazu haben sich die humanitäre und die Sicherheitssituation im seit nunmehr 18 Jahren zerfallenen Somalia seit der äthiopischen Intervention Ende 2006 weiter verschlechtert. Die Erfolgchancen einer neuen, UN-initiierten Friedensinitiative erschienen Mitte 2008 sehr begrenzt.

# Die Themen im Einzelnen

## Kenia

Trotz einiger Warnzeichen in der Vorwahlperiode kam die schwere Krise, in die Kenia nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 27. Dezember 2007 geraten war, für die meisten Beobachter unerwartet. Die Explosion der Gewalt zeigte das Ausmaß der sozialen und politischen Probleme in einem Land, das oft als „Insel der Stabilität“ im Horn von Afrika betrachtet wird. Im Januar und Februar 2008 jedoch wurde es Opfer einer ethno-politischen Gewalteskalation, die Kenia an den Rand des Bürgerkriegs brachte. Unterstützt durch internationalen Druck gelang es der Vermittlungsinitiative des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan, einen politischen Kompromiss zu erzielen. Im April 2008 wurde eine „Große Koalition“ gebildet, die beiden Hauptkontrahenten eine Machtbeteiligung sichert und trotz diverser Probleme vorerst erfolgreich arbeitet.

### Kenia im Wahlkampf

Kenia war 2007 ein Land voller Widersprüche. Auf der einen Seite standen eine robust wachsende Ökonomie (laut Zentralbank ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 7 Prozent<sup>1</sup>) und eine in vielen Bereichen positive Grundstimmung. Noch zur Jahresmitte gingen die meisten Beobachter davon aus, dass Präsident Mwai Kibaki die für das Jahresende anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erneut gewinnen werde, obwohl er viele der 2002 in ihn gesetzten Hoffnungen (Antikorruptionspolitik, Verfassungsreform) nicht erfüllt hatte und die positive wirtschaftliche Entwicklung die Armut im Land nicht wesentlich verringert hat.

Außenpolitisch stellte sich Kenia an die Seite der USA und des „Kriegs gegen den Terror“, der auch und gerade am Horn von Afrika geführt wird. Regierungsoffizielles Misstrauen sowie Übergriffe von Sicherheitsbehörden ließen

die Entfremdung zwischen der muslimischen Minderheit und der Regierung in Nairobi weiter wachsen.

Mit mehreren hundert registrierten Parteien und aufgrund häufiger Wechsel der Parteizugehörigkeit führender Politiker war die parteipolitische Landschaft Kenias lange unübersichtlich. Dies änderte sich im Herbst 2007, als sich Raila Odinga als Präsidentschaftskandidat der wichtigsten Oppositionspartei Orange Democratic Movement (ODM) durchsetzte und damit die wichtigsten Konkurrenten der Regierung Kibakis vereinigte. Odinga verfolgte eine professionell gestaltete, populistische Kampagne, die unter dem Motto „change“ die Unzufriedenheit über die sozialen und regionalen Ungleichheiten Kenias zu bündeln versuchte und vor allem unter jungen Kenianerinnen und Kenianern Zuspruch erreichte. Meinungsumfragen sahen Odinga phasenweise mit rund 10 Prozent in Führung vor Kibaki. Dieser hatte mit der neu gegründeten Party of National Unity (PNU) erst spät das Modell für seine erneute Kandidatur ausgewählt und warb für seine Politik mit dem Motto „Kazi iendelee“: „Die Arbeit soll weitergehen“.

Beide großen Parteien hatten eine ausgeprägt ethnisch-regionale Basis. Die ODM war besonders in den Luo-Gebieten West-Kenias, im Rift Valley sowie in der Küstenprovinz stark. Die PNU wurde vor allem von den Kikuyu in Zentral-Kenya unterstützt und bildete eine Allianz mit kleineren Parteien in anderen Landesteilen. Anders als 2002, als Kibaki (Kikuyu) und Odinga (Luo) gemeinsam gegen den langjährigen Präsidenten Daniel arap Moi (Kalenjin) und seine *Kenya African National Union* (KANU) angetreten waren, kam es 2007 zu einer Parteienpolarisierung entlang ethnischer Konfliktlinien, die bis in die 1960er Jahre zurückreichen.

Neben ethnischen Loyalitäten spielten im Wahlkampf aber auch Sachfragen eine Rolle. Die ODM trat für majimbo ein, ein schillernder Begriff („Föderalismus“, „Regionalismus“ oder auch „Dezentralisierung“), der Hoffnungen auf größere lokale Autonomie und eine fairere Ressour-

---

<sup>1</sup> Vgl. Central Bank of Kenya, *Monthly Economic Review, April 2008*, S. 2, <http://www.centralbank.go.ke/downloads/publications/mer/Apr08.pdf>

cenverteilung weckte. Im politischen Diskurs mancher Regionen hatte majimbo allerdings eine negative Bedeutung: Im Rift Valley stand der Begriff für die Hoffnung jener, die sich historisch als Eigentümer des Landes betrachten und nach einem Wahlsieg „Neusiedler“ aus anderen Landesteilen in ihren Landrechten beschränken oder gar vertreiben wollten. Da es sich bei den Zuwanderergruppen mehrheitlich um Kikuyu handelt, löste der Ruf nach majimbo große Ängste aus, die die PNU wiederum für ihrem eigenen Wahlkampf mobilisierte. Darüber hinaus trat ODM-Präsidentenwahlkandidat Odinga speziell für den Schutz der Bürgerrechte kenianischer Muslime ein. Er unterzeichnete mit Muslimführern ein Memorandum of Understanding, das heftige öffentliche Debatten hervorrief und zu Irritationen auch unter Odingas mehrheitlich christlicher Anhängerschaft führte.

Die Vorwahlzeit war durch wachsende Anspannung und vereinzelt Gewalt gekennzeichnet, vor allem im Rift Valley. Oppositionsführer Odinga warf der Regierung immer wieder vor, einen Wahlbetrug vorzubereiten. Den gesamten Wahlkampf hindurch ließ Odinga keinen Zweifel daran, dass er die Wahlen gewinnen werde und nur aufgrund eines Betrugs verlieren könne. Damit schuf er einen enormen Erwartungsdruck unter seinen Anhängern. Zum Ende des Wahlkampfes hin sanken allerdings Odingas Popularitätswerte. Der vermutete Grund: die Kontroversen um majimbo und die Muslimfrage. Letzte Meinungsumfragen im Dezember 2007 ließen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Kibaki und Odinga erwarten.

## Die Wahlen

Der Wahltag verlief weitgehend friedlich, die Wahlbeteiligung war groß. Die ersten Auszählungsergebnisse der Parlamentswahlergebnisse deuteten auf einen kommenden Wahlsieg der Opposition. Eine ganze Reihe von teilweise durch Korruptionsskandale belasteten Politikern

der „alten Garde“ und Mitglieder von Präsident Kibakis Kabinett, darunter auch der Vizepräsident, verloren ihre Parlamentssitze. Doch zwei Tage nach der Wahl, am 29. Dezember 2007, schrumpfte Odingas Vorsprung. Elektronische Medien hatten Zwischenergebnisse veröffentlicht. Die Stimmenauszählung verzögerte sich und es entstand der Eindruck, vor den Fernsehkameras findet ein Wahlbetrug statt. Am Abend des 30. Dezember 2007 verkündete die Wahlkommission das offizielle Ergebnis: Präsident Kibaki hatte die Präsidentschaftswahlen mit 47 Prozent (rund 230.000 Stimmen Vorsprung) vor Odinga (44 Prozent) gewonnen habe. Kibaki wurde unmittelbar danach für seine zweite Amtszeit vereidigt.

Die Opposition um Odinga sah sich um den Wahlsieg betrogen und sprach von einem „zivilen Putsch“. Tatsächlich gibt es zahlreiche Belege für Unregelmäßigkeiten bei Wahldurchführung und -auszählung, die auch von internationalen Beobachtergruppen bestätigt wurden.<sup>2</sup> So war die Dokumentation von Wahlergebnissen in zahlreichen Fällen fragwürdig. Es gab unglaublich hohe Werte für die Wahlbeteiligung in einzelnen Wahlkreisen sowie auffällige Diskrepanzen zwischen den für Parlaments- und Präsidentschaftswahl abgegebenen Stimmzetteln.<sup>3</sup> Auf Basis solcher statistischer Argumente und Plausibilitätsprüfungen wird deutlich, dass Manipulationen stattgefunden und Fälschungen vorgenommen wurden. Das Ausmaß der Manipulationen war groß genug, um einen Wahlsieg Odingas ins Gegenteil zu verkehren. Die Opposition erklärte von Anfang an, sie halte eine Neuauszählung oder eine juristische Anfechtung

2 Insbesondere die EU-Beobachtermission veröffentlichte kritische Stellungnahmen bereits während der Stimmenauszählung; ihr am 3.4.08 veröffentlichter Abschlußbericht ([http://www.eueomkenya.org/Main/English/PDF/Final\\_Report\\_Kenya\\_2007.pdf](http://www.eueomkenya.org/Main/English/PDF/Final_Report_Kenya_2007.pdf)) gibt nur mehr wenig davon wieder.

3 Vgl. dazu Stellungnahme und Materialien des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Kenyan for Peace with Truth and Justice“, 18.1.08, [http://www.knchr.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=115&Itemid=97](http://www.knchr.org/index.php?option=com_content&task=view&id=115&Itemid=97).

tung des Wahlergebnisses unter den gegebenen Machtverhältnissen für unrealistisch. Statt dessen rief sie zu Massenaktionen auf.

## Gewaltkrise

Noch in der Nacht nach Veröffentlichung des Wahlergebnisses brachen an mehreren Stellen des Landes Unruhen aus, die in den folgenden Wochen nach verschiedenen Schätzungen 1000 bis 1500 Todesopfer forderten und mindestens 300.000 Menschen zu Flüchtlingen im eigenen Land machten.

Drei Muster der Gewalt und ihrer Eskalation lassen sich unterscheiden<sup>4</sup>:

1. Spontaner, gewaltsam eskalierender politischer Protest, gegen den staatlichen Sicherheitsorgane mancherorts mit exzessiver Gewalt vorgingen. Das forderte vor allem in den ersten Tagen der Krise Dutzende von Todesopfern. So kam es vor allem in den Slums von Nairobi und in Kisumu (dem Zentrum des Luolands und damit der politischen Basis Odingas) zu schweren Unruhen. Hier vermischte sich Protest gegen die Wahlfälschung mit sozialer Unzufriedenheit und führte zu Straßenschlachten mit der Polizei, Plünderungen, Brandanschlägen und anderen Gewaltakten. Die Regierung verbot Demonstrationen aller Art, in der Innenstadt Nairobis verhinderten Sicherheitskräften jeden größeren Protest.

---

4 Die bisher umfangreichsten zusammenfassenden Dokumentationen zur Gewalt in Kenia nach den Wahlen sind International Crisis Group, *Kenya in Crisis*, 21.2.2008, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn\\_of\\_africa/137\\_kenya\\_in\\_crisis\\_web.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/137_kenya_in_crisis_web.pdf), sowie Human Rights Watch, *Ballots to Bullets: Organized Political Violence and Kenya's Crisis of Governance*, March 2008, <http://www.hrw.org/reports/2008/kenya0308/kenya0308webwcover.pdf>. Die Nationale Menschenrechtskommission Kenias und andere Organisationen haben darüber hinaus umfangreiche Informationen zu den Ereignissen gesammelt, die jedoch noch nicht in systematisch aufgearbeiteter Form vorliegen.

2. Im Rift Valley kam es zu Vertreibungen und einem Krieg um Land. Noch in der Nacht nach Verkündung der offiziellen Wahlergebnisse begannen dort Gruppen bewaffneter junger Männer, Kikuyu und Mitglieder anderer ethnischer Gruppen anzugreifen, die sich hier angesiedelt hatten. Die „Neusiedler“ wurden angegriffen, ihre Höfe abgebrannt und zahllose Bewohner in die Flucht geschlagen. Am Neujahrstag starben in Eldoret mindestens 35 Flüchtlinge in einer brennenden Kirche. Einige ländliche Regionen wurde durch Straßenblockaden von der Außenwelt abgeschnitten, so Sicherheitskräfte sie zeitweise nicht erreichten. Die Angriffe im Rift Valley lassen sich als „ethnische Säuberungen“ einstufen. Sie wurden durch lokale politische Strukturen koordiniert. Inwieweit nationale ODM-Führer politisch mitverantwortlich waren, ist umstritten. Muster und Ausmaß der Gewaltkrise im Rift Valley weisen viele Parallelen zu Ereignissen von 1992 auf. Damals stachelten Politiker der Regierungspartei KANU im Vorfeld der ersten anstehenden Mehrparteienwahlen Angriffe auf Kikuyu an.

3. Ein drittes Muster von Gewalt resultierte aus der im Zuge des Wahlkonflikts weiter eskalierenden ethno-politischen Polarisierung Kenias. Sie entwickelte ihre eigene Dynamik und mündete in einem interethnischen Krieg. Schon in den ersten Krisentagen begannen Gangs in den Slums von Nairobi einander zu bekämpfen und dabei ganze Nachbarschaften nach ethnischen Kriterien zu „säubern“. Unterstützt auch durch einzelne Politiker, formierte sich im Verlauf der Krise die „Mungiki“ erneut. Diese Kikuyu-„Sekte“, eine Art ethnische Miliz, war von der kenianische Polizei erst 2007 in einem Untergrundkrieg bekämpft worden. Dabei war es vermutlich zu mehreren hundert Hinrichtungen gekommen. Ende Januar 2008 griffen Mungiki-Milizen in Städten des südlichen Rift Valley systematisch Mitglieder anderer ethnischer Gruppen an.

Zu diesem Zeitpunkt befand Kenia sich am Rande eines interethnischen Bürgerkriegs<sup>5</sup>, in dem die politischen Kontrahenten die Kontrolle über die von ihnen selbst initiierte Konfliktdynamik zu verlieren begannen. Die Angst vor Gesetzlosigkeit und Gewalt breitete sich aus, nicht zuletzt verstärkt durch eine Reihe politischer Morde, denen unter anderem zwei neu gewählte ODM-Parlamentsabgeordnete zum Opfer fielen. Eine rasch wachsende ethno-politische Polarisierung durchzog plötzlich die gesamte kenianische Gesellschaft. Auch Organisationen der Zivilgesellschaft (insbesondere die Kirchen) wurden davon in Mitleidenschaft gezogen. Der Sektor der Nichtregierungsorganisationen zeigte sich gespalten und recht hilflos. Teile des Privatsektors und die englischsprachigen elektronischen Medien riefen am hartnäckigsten für Frieden und Verständigung im Land auf und unterstützten Hilfsaktionen für die Opfer der Gewaltkrise.

### Internationale Vermittlung

Die Krise Kenias nach den Wahlen wurde innerhalb weniger Tage zum Gegenstand intensiver internationaler diplomatischer Interventionen und Vermittlungsbemühungen, geprägt von der Furcht, Kenia mit seiner zentralen Rolle für die ganze Region könne zum nächsten Fall eines zerfallenden Staates am Horn von Afrika werden. Die internationale Gemeinschaft betrachtete eine Machtteilung als die am ehesten gangbare Option. Damit stand sie effektiv der Opposition näher als der Regierung, welche über Wochen hinweg den Eindruck, sie sei zu keinem substantziellen Kompromiss mit der ODM bereit und wolle das Problem aussitzen.

---

<sup>5</sup> Statistische Angaben zur Zahl von Todesopfern und Vertriebenen sind ungenau und umstritten. Deutlich ist jedoch, dass die große Mehrheit der Todesopfer seit 30.12.07 nicht durch die Proteste gegen das Wahlergebnis ums Leben kam, sondern durch die „ethnischen Säuberungen“ im Rift Valley.. Auch die große Mehrheit der Binnenflüchtlinge resultierte aus der Krise im Rift Valley und daran anschließender, ethnisch motivierter Gewalt.

Als Institutionen bezogen weder die ostafrikanische Gemeinschaft noch die AU eine deutliche Position zur kenianischen Krise, förderten aber die politische Vermittlung. Diplomaten der USA und der EU weigerten sich, das Wahlergebnis in vollem Umfang anzuerkennen. Das führte zu sichtbaren Verstimmungen und formalen Protesten des kenianischen Außenministeriums. Die internationale Gemeinschaft argumentierte, dass die Zweifelhafteit der Wahlergebnisse und das Ausmaß der Gewalt im Land eine Machtteilung notwendig mache. Alle internationalen Akteure übten Druck in derselben Richtung aus oder taten zumindest nichts, was die Verhandlungsoption unterlaufen hätte.

Als der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan am 22. Januar 2008 als Vermittler in Nairobi eintraf, waren die Erwartungen außerordentlich hoch. Er kam zu dem Zeitpunkt, als die Gewalt im Land das Stadium regelrechter interethnischer Kriegführung erreicht hatte. Annan hatte kaum Mittel, die Opponenten zu einer Einigung zu zwingen. Doch er nutzte seine Reputation sowie den öffentlichen Erwartungsdruck, um Kibaki und Odinga am 24. Januar 2008 erstmals seit den Wahlen zu einem direkten Gespräch zusammen zu bringen. Annan machte von Anfang an deutlich, dass eine schnelle Lösung nicht zu erwarten sei und er Kenia nicht verlassen werde, bis ein Übereinkommen erreicht sei, das den Frieden sichere. Der Prozess dauerte über fünf Wochen – und er gelang.

Kofi Annan konsultierte zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen Kenias, beschränkte die eigentlichen Verhandlungen aber auf die von beiden Seiten gebildeten drei- bis vierköpfigen Verhandlungsteams, die Hardliner beider Seiten mit einschlossen. Mehrfach geriet der Prozess ins Stocken, woraufhin Annan direkte Gespräche zwischen Kibaki und Odinga einleitete. Insgesamt war die ODM deutlich stärker als die PNU an einem Verhandlungsergebnis interessiert; sie hatte auch am meisten von einer Machtteilung

zu gewinnen. Im Februar 2008 drohten die USA und Großbritanniens zur Unterstützung von Annans Vermittlungsbemühungen mit Sanktionen gegen einzelne politische Hardliner.

Nach mehreren nervenaufreibenden Wochen war Annan schließlich erfolgreich. Am 28. Februar 2008 unterzeichneten Kibaki und Odinga einen Kompromiss, der die Grundlagen für die Bildung einer „Großen Koalition“ schuf. Für Odinga wurde die Position des Premierministers als Gegengewicht zum starken Amt des exekutiven Präsidenten geschaffen. Das Abkommen legte darüber hinaus die Bildung von mehreren Kommissionen zur Untersuchung der Hintergründe des Wahldesasters, der Gewalttaten und zur Entwicklung von Vorschlägen zur Verfassungsreform fest.

#### Die „Große Koalition“

Das Abkommen vom 28. Februar 2008 entspannte die Situation in Kenia unmittelbar. Zugleich fragten manche Beobachter, ob eine solche Machtteilung innerhalb der politischen Elite die Opfer wert gewesen seien. Es war absehbar, dass die Implementierung des Abkommens nicht einfach werden dürfte. In der Tat dauerte es noch mehrere Wochen, bis sich beide Seiten auf die Verteilung der Ministerien und anderer Führungspositionen einigten. Speziell der PNU fiel es schwer, sich von einigen Machtpositionen zu trennen. Zwischenzeitlich kamen Zweifel auf, ob die Partei und ihre Hardliner überhaupt an der Einhaltung der Vereinbarung interessiert seien. Am 13. April 2008 wurde Odinga als Premierminister vereidigt und ein neues Kabinett gebildet. Es ist das größte Kabinett der kenianischen Geschichte, mit 40 Ministern und 52 stellvertretenden Ministern. Die mit dieser Aufblähung des Kabinetts verbundenen Kosten riefen massive öffentliche Kritik hervor. Doch scheint das der Preis zu sein, den Kenia für den Frieden zahlen muss.

Kritische Fragen nach Stabilität und Handlungsfähigkeit der Großen Koalition haben diese von Anfang an begleitet. Sie lassen sich zur Jahresmitte 2008 nur vorläufig beantworten. Bei allen offenkundigen Problemen ist ein vorsichtiger Optimismus angebracht, dass die Koalition zunächst einmal stabil bleiben wird.

Für eine vorläufige Stabilität der Großen Koalition spricht die Tatsache, dass sie zu Beginn ihrer Existenz einige kritische Situationen erfolgreich gemeistert hat:

- Auf beiden Seiten kam es zu Kritik aus den eigenen Reihen, man habe im Machtteilungskompromiss zu viel verschenkt. Doch scheint es in beiden großen Parteien vorerst gelungen, die Skeptiker zunächst ruhig zu stellen, während sich führende Politiker speziell im PNU-Lager bereits für die Kibaki-Nachfolge positionieren. Die lange vorbereitete neue Parteiengesetzgebung trat Anfang Juli in Kraft und wird zukünftig den Wechsel der Parteizugehörigkeit amtierender Abgeordneter erschweren und den Zusammenhalt bestehender Parlamentsfraktionen stärken. Bei aller Kritik scheint die Legitimität des politischen Systems Kenias und seiner führenden Politiker und Parteien trotz Wahldebakel nicht ernsthaft gefährdet. Auch strukturell spricht das, was man als „korporatives Interesse“ der politischen Klasse Kenias bezeichnen könnte, zunächst einmal für eine Fortsetzung der Koalition: Über 40 Prozent aller Parlamentarier halten zugleich Sitze im Kabinett. Wenige Parlamentsmitglieder dürften derzeit ein Interesse an Neuwahlen haben, die mit hohen Wahlkampfkosten verbunden wären.
- Die zur Untersuchung von Unregelmäßigkeiten während der Wahlen und der Auszählung gebildete Kommission hat ihre Arbeit unter großem öffentlichen Inte-



resse begonnen. Es ist zu erwarten, dass sie Empfehlungen zur Verbesserung der Organisation zukünftiger Wahlen machen, aber keine Aussage dazu treffen wird, wer denn nun tatsächlich die Wahlen gewonnen habe. Vorerst scheinen die Parteien und auch die breite Öffentlichkeit in Kenia das Interesse verloren zu haben, diese Frage weiter zu diskutieren.

- Die „Große Koalition“ hat akute Sicherheitsprobleme zunächst erfolgreich bewältigt. Bereits im März hatte die Regierung Militär gegen die Milizen eingesetzt, die am Mount Elgon seit mehreren Jahren einen Krieg um Land führen, der im Kontext der Wahlen noch einmal eskaliert war. Der Militäreinsatz fand offenbar im Konsens zwischen beiden Parteien statt. Es gab Kritik an harschen Einsatzmethoden der Sicherheitskräfte (Verhaftung hunderter Verdächtiger, Foltervorwürfe), jedoch keinen Koalitionsstreit um diese Frage. Unmittelbar nach der Bildung des Kabinetts Mitte April demonstrierte die Kikuyu-Miliz der Mungiki ihre Stärke mit Straßenblockaden um Nairobi und um andere Städte. Statt ausschließlich eine Politik der Härte zu verfolgen, sandte der neu ernannte Premierminister Odinga Signale der Gesprächsbereitschaft an die Mungiki aus.
- Die von der Regierung forcierte Auflösung der Flüchtlingslager und Rückkehr der Binnenflüchtlinge an ihre Heimatorte geht voran und hat entgegen mancher Befürchtungen nicht zu neuen Gewaltausbrüchen geführt. Anfang Juli lebten noch knapp 63.000 registrierte Flüchtlinge in Lagern. Allerdings waren die Spannungen vor allem an den vormaligen Brennpunkten der Gewalt im Rift Valley nach wie vor sehr hoch, so dass zahlreiche Rückkehrer zunächst in Übergangscamps in der Nähe ihrer zerstörten Far-

men unterkommen mussten.<sup>6</sup> Eine dauerhafte Lösung würde neben lokalen Vermittlungsprozessen auch klare landpolitische Signale auf nationaler politischer Ebene erfordern.

- Unter Finanz- und Wirtschaftsfachleuten ist die Überzeugung verbreitet, dass die Krise nach den Wahlen zwar das diesjährige Wirtschaftswachstum verringern wird. Aber der grundlegend positive Trend der letzten Jahre ist nicht gefährdet. Für die zweite Jahreshälfte 2008 ist eine weitgehende Erholung des Tourismussektors zu erwarten.

Zugleich steht Kenia nach dem Wahldebakel vor großen Herausforderungen, die auch den Bestand der „Großen Koalition“ immer wieder gefährden dürften.

- Die Bildung einer Koalitionsregierung stellt ein Novum in der politischen Geschichte Kenias dar. Die ersten Wochen der neuen Regierung waren von Streitigkeiten über Statusfragen begleitet, vor allem zwischen Premierminister Odinga und Vizepräsident Musyoka. Odinga hat sich darin bisher als die profiliertere Persönlichkeit erwiesen, auch wenn einige seiner markantesten politischen Positionierungen nicht überall geteilt werden. Das Fehlen einer regulären Oppositionsfraktion im Parlament stellt ebenfalls eine große Herausforderung für Selbstverständnis und Praxis der kenianischen

---

<sup>6</sup> Vgl. Kenya Red Cross, *Operations Update 4 July 2008*, <http://www.kenyaredcross.org/UserFiles/File/Kenya%20Electoral%20Violence-Operations%20Update%20No%2066-4.7.08.pdf>, sowie die Reportagen *Uneasy calm in Burnt Forest*, Standard, 3.6.08, <http://eastandard.net/specialreports/?id=1143987730&cid=259>, und *Displaced people still in tents*, Daily Nation, 3.6.08. Die *Daily Nation* (*Donor shift to affect refugees' stay in camps*, 21.7.08, [http://www.nationmedia.com/dailynation/nmgcontententry.asp?category\\_id=1&newsid=127773](http://www.nationmedia.com/dailynation/nmgcontententry.asp?category_id=1&newsid=127773)) bezifferte die Zahl der Menschen in Übergangscamps auf noch immer 200.000 Personen.

Demokratie dar. Einzelne Parlamentarier aus mehreren kleinen, nicht in der Koalitionsregierung vertretenen politischen Parteien diskutierten die Bildung einer „grand opposition“.

- Ein neuer Versuch einer Verfassungsreform steht ebenfalls auf der Agenda der „Großen Koalition“. Die Machtteilung zwischen Präsident und Premierminister, die die Grundlage der „Großen Koalition“ bildet, ist nur eine Interimslösung mit Bestandsgarantie zum Ende der gegenwärtigen Wahlperiode. In Kenia steht eine weitere und vermutlich konflikträchtige Verfassungsdiskussion an.
- Die „Große Koalition“ hat zahlreiche konkret anstehende Sachfragen mit hohem Konfliktpotential zu bearbeiten. Eine der wichtigsten von ihnen ist die Frage, ob eine Amnestie für Straftaten gewährt werden soll, die während der Unruhen nach den Wahlen verübt wurden, wie die ODM es fordert. Die PNU, aber auch die internationale Diplomatie, haben sich gegen eine Generalamnestie gewandt, da sie den Opfern der Gewalt keine rechtliche Genugtuung verschaffen würde. Die Debatte wird durch die Tatsache verschärft, dass zahlreiche junge Männern, die während der Unruhen nach den Wahlen verhaftet wurden, im Gefängnis sitzen, während Politiker der Parteien, für die sie kämpften, inzwischen in Amt und Würden sind. Manche Stimmen im Rift Valley knüpfen die Bereitschaft, eine Rückkehr der zu Jahresbeginn Vertriebenen zuzulassen, an eine Amnestie.<sup>7</sup> Unklarheiten über die Zahl der Inhaftierten

---

<sup>7</sup> Für eine Zusammenfassung der Argumentationen vgl. Kenya National Commission on Human Rights, *KNCHR Position on Amnesty for Alleged Perpetrators of Post-Election Violence* [ca. 31.5.08], <http://www.knchr.org/dmdocuments/amnesty.pdf>. Die Kommission plädiert für eine selektive, die Umstände des Einzelfalls berücksichtigende Amnestie.

haben den Verdacht aufkommen lassen, dass manche von ihnen Opfer von Hinrichtungen geworden sein könnten.

- „Alltagsfragen“ des politischen Geschäfts drohen Sprengpotential für die „Große Koalition“ zu entwickeln. Sie erlauben bisweilen aber auch überraschende politische Konstellationen. Ein Beispiel ist der umstrittene Verkauf des Grand Regency-Hotels in Nairobi, dessen Bau in den 1990er Jahren aus „Erlösen“ des Goldenberg-Korruptionsskandals finanziert worden war und das nach jahrelangen Rechtsstreitigkeiten erst im April 2008 wieder endgültig in Besitz der Regierung gelangte. Finanzminister Amos Kimunya verkaufte das Hotel im Juni in einem intransparenten Verfahren an libysche Investoren. Dies führte zu einem öffentlichen Aufschrei und Parlamentarier beider Regierungsparteien sprachen Kimunya gemeinsam das Misstrauen aus. Nach einigen Tagen Zögern trat Kimunya tatsächlich zurück.
- Die Krise nach den Wahlen und speziell die Vertreibungen in der Rift Valley-Provinz haben die seit Jahren schwelende Diskussion um Landbesitz und -umverteilung in Kenia weiter angefacht. In den Konfliktgebieten des Rift Valley stehen historisch legitimierte Landansprüche „indigener“ Gruppen (Kalenjin, mit ODM verbunden) gegen das Recht zahlreicher Klein- und Mittelbauern aus dichtbevölkerten anderen Landesteilen, die sich in der umstrittenen Region in den letzten Jahrzehnten angesiedelt haben und Anspruch auf Rechtssicherheit geltend machen können (vielfach Kikuyu). Auch in anderen Regionen bestehen Konflikte um Land. Hinzu kommt die Tatsache, dass extensive Flächen unter britischer Kolonialherrschaft enteignet und diese und andere Ländereien seit der

Unabhängigkeit illegal privat angeeignet wurden. Der Ruf nach Umverteilung ungenutzten und/oder illegal erworbenen Landes ist 2008 lauter geworden, obwohl durchaus unklar ist, wie umfangreich die umstrittenen Flächen sind.

- Kurzfristige negative wirtschaftlichen Folgen der Krise, vor allem Ernteverluste im Rift Valley sowie Einnahme- und Arbeitsplatzverluste vor allem im Tourismussektor, sind durch die Weltmarktpreisentwicklungen für Nahrungsmittel und Erdöl in den vergangenen Monaten verschärft worden. Das hat zu einem Inflationsschub bei Nahrungsmitteln und Transportkosten geführt, der zur Mitte des Jahres auf 30 Prozent geschätzt wird. Die Regierung hat diesen durch Änderungen bei Zöllen und Besteuerung abzumildern versucht, bislang ohne Erfolg. Die Diskrepanz zwischen schwieriger gewordenen Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise auf der einen Seite und hohen, weitgehend steuerfreien Minister- und Abgeordnetengehältern auf der anderen Seite ruft Unmut hervor. Der Fortbestand nicht nur der „Großen Koalition“, sondern jeder zukünftigen kenianischen Regierung wird davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Kenia, die sich auf Frauen- und Umweltprojekte konzentriert, wurde durch die Krise nach den Wahlen teilweise beeinträchtigt. Seither haben Projektpartner der Stiftung ihre Arbeitsschwerpunkte modifiziert, um die Krisen- und Gewalterfahrungen der vergangenen Monate gerecht zu werden. So werden vor allem Frauen unterstützt, die während der Unruhen oder als Flüchtlinge zu Opfern sexueller Gewalt geworden sind. Das Regionalbüro in Nairobi hat eine Studie zu Land- und anderen Konflikten in der Coast Province in

Auftrag gegeben, um Gewaltpotentiale in dieser Provinz zu identifizieren und der Frage nachzugehen, warum die Küstenregion kaum betroffen waren. Das Regionalbüro unterstützt darüber hinaus eine Serie von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, die die Erfahrungen der kenianischen Zivilgesellschaft während der Krise reflektieren.

## Somalia

Seit der äthiopischen Intervention in Süd- und Zentralsomalia in den letzten Tagen des Jahres 2006, die die Herrschaft der islamischen Gerichte beendete und die Übergangsregierung in Mogadischu etablierte, ist Somalia nicht mehr zur Ruhe gekommen. Im Gegenteil: Die Kämpfe zwischen den von Äthiopien unterstützten Regierungstruppen und Milizen der heterogenen Opposition dauerten fort und haben sich intensiviert. Dies hat in Somalia zu einer der schwersten humanitären Krisen der Gegenwart geführt: Hunderttausende Menschen flohen, mehrere Millionen sind von Nahrungsmittelhilfe abhängig. Neue Vermittlungsbemühungen – in Somalia selbst und auf UN-Ebene – führten im Juni 2008 in Djibouti zum Abschluss eines Abkommens zwischen Übergangsregierung und Teilen der Opposition. Es soll zu einem Waffenstillstand führen, die Äthiopier sollen abziehen und eine UN-Friedenstruppe soll eingerichtet werden. Doch stehen der Realisierung dieses Abkommens zahlreiche Hindernisse entgegen.

„Irak-Szenario“ am Horn von Afrika

Die äthiopische Militärintervention zum Jahreswechsel 2006/2007 beendete die Kontrolle der Union der islamischen Gerichte (Islamic Courts Union – ICU) über Mogadischu und die südlichen und zentralen Landesteile Somalias. Unter militärischem Schutz Äthiopiens etablierte sich eine fragile Herrschaft der Übergangsregierung (Transitional Federal Government – TFG) unter Präsident Abdullahi Yusuf, die 2004 aus langwie-

rigen Verhandlungen in Mbagathi und Eldoret (Kenia) hervorgegangen war. Doch hat der rasche militärische Sieg gegen die Milizen der islamischen Gerichte zu Jahresbeginn 2007 Somalia nicht stabilisiert. Im Gegenteil: Seitdem ist Äthiopien in Somalia mit einem an die Situation der USA im Irak erinnernden Szenario konfrontiert, in dem es fast täglich zu Anschlägen und Kämpfen zwischen bewaffnete Oppositionsgruppen und TFG- und äthiopischen Truppen kommt. Immer wieder eskalierten die Auseinandersetzungen, etwa als im November 2007 die äthiopische Armee eine regelrechte Offensive im Stadtgebiet von Mogadischu begann. Daraufhin flüchteten Hunderttausende, und es heißt, inzwischen sei die Stadt von der Mehrheit ihrer Bevölkerung verlassen worden.<sup>8</sup> Aber auch in anderen Teilen Süd- und Zentralsomalias kam und kommt es immer wieder zu heftigen Kämpfen, wobei Oppositionskräfte teilweise mehrere Tage lang die Kontrolle über einige Ortschaften erlangten. Zur Mitte des Jahres 2008 schien die von Äthiopien gestützte Übergangsregierung noch weiter davon entfernt, Sicherheit in Süd- und Zentralsomalia herzustellen als ein Jahr zuvor.

Der bewaffnete Widerstand speist sich aus einem breiten Spektrum von Oppositionsgruppen: von Clan-Kämpfern der Hawiye über Milizen der ICU bis hin zur radikal-islamistischen al-Shabaab. Die Opposition schließt einige ehemalige Mitglieder des Übergangsparlaments ein und nahm an der vom TFG organisierten, mehrfach verschobenen und schließlich im Juli 2007 eröffneten Versöhnungskonferenz nicht teil. Die Opposition formierte sich politisch in Eritreas Hauptstadt Asmara und gründete dort im September 2007 die Alliance for the (Re-)Liberation of Somalia (ARS). Deren wesentlicher gemeinsamer Nenner war die Forderung nach einem

Abzug der Äthiopier als Bedingung für Friedensgespräche mit dem TFG.

Die Kämpfe in Somalia sind nicht nur Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Clan- und anderen Gruppen. Sie sind zugleich ein Stellvertreterkrieg, den vor allem die in einen langjährigen Grenzkonflikt verwickelten Nachbarländer Äthiopien und Eritrea gegeneinander führen. Doch auch andere externe Akteure spielen eine Rolle, allen voran die USA, die die äthiopische Intervention politisch und logistisch unterstützt haben. Am 1. Mai 2008 wurde der militärische Führer der al-Shabaab, Aden Hashi Ayro, durch einen US-Luftangriff getötet.

Während die Kämpfe in Somalia andauerten und die bewaffnete Opposition sogar militärisch an Gewicht zu gewinnen schien, besaß die äthiopische Regierung keine realistische Option, für eine Beendigung ihrer Präsenz in Somalia. Die im Frühjahr 2007 geschaffene afrikanische Friedensmission AMISOM, in der AU-Truppen für Sicherheit in Süd- und Zentralsomalia sorgen und die einen Abzug der äthiopischen Armee ermöglichen sollten, ist über ein Truppenstärke von rund 2200 Soldaten aus Uganda und Burundi nicht hinaus gekommen. Sie kontrolliert allenfalls einige strategische Punkte der Hauptstadt und wurde vereinzelt selbst von Oppositionskräften angegriffen.

Die fortdauernden Kämpfe haben in Somalia zu einer der schwersten humanitären Krisen der Gegenwart geführt. Es gibt etwa eine Million Binnenflüchtlinge, die Nahrungsmittelhilfen benötigen. Doch wird die humanitäre Hilfe nicht nur durch Kämpfe, sondern auch durch direkte Angriffe auf Hilfsorganisationen, einschließlich der Entführung und Ermordung von deren Mitarbeitern, behindert. Die in Mogadischu ansässige Elman Peace and Human Rights Organization zählte Ende Juni 2008 2136 zivile Todesopfer seit Jahresbeginn und 8636 seit Beginn der äthi-

---

<sup>8</sup> Vgl. Axel Harneit-Sievers, *Krieg, Flüchtlingselend und bedrückende politische Perspektiven in Somalia*, 21.11.07, [http://www.boell.de/alt/downloads/Somalia\\_BerichtHarneit\\_Sievers\\_finish.pdf](http://www.boell.de/alt/downloads/Somalia_BerichtHarneit_Sievers_finish.pdf).

opischen Intervention in Somalia kurz vor dem Jahreswechsel 2006/2007.<sup>9</sup> Zahlreiche Flüchtlinge verließen das Land über See in Richtung Jemen. Darüber hinaus nahm die Piraterie in den Gewässern vor der somalischen Küste zu, trotz Präsenz einer internationalen Marinemission.

Angesichts der Verhältnisse im Land erschien vielen Somalis die Herrschaft der islamischen Gerichte in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 als eine Phase von Sicherheit, Frieden und Hoffnung. Die Tatsache, dass der Präsident der somalischen Übergangsregierung (Transitional Federal Government – TFG), Abdullahi Yusuf, die äthiopischen Truppen ins Land holte, hat die Legitimität der Übergangsregierung des Präsidenten schwer beschädigt. 2007 zeigte Abdullahi Yusuf keine ernsthafte Bereitschaft zu Verhandlungen mit der Opposition. Darüber hinaus ließ er Medienunternehmen schließen und galt als verantwortlich für Mordanschläge gegen Kritiker. Auch überwarf sich der Präsident im Herbst 2007 mit seinem Premierminister Ali Muhammed Ghedi, angeblich wegen Streitigkeiten über die Behandlung von Korruptionsfällen und wegen der Verteilung von Lizenzentnahmen aus der Erdölexploration im Puntland, der halbautonomen Nordostregion Somalias. Der Übergangspräsident stammt aus Puntland.

Unter den Bedingungen des Bürgerkriegs erschienen der 2004 vereinbarte Übergangsplan und reguläre Wahlen 2009 als immer weniger realistisch. Vielen Beobachtern galt und gilt der Versuch, Somalia durch Übergangsinstitutionen zu stabilisieren, als gescheitert.

Neue Friedensbemühungen,  
bleibende Skepsis

---

<sup>9</sup> *Somalia conflict kills more than 2,100 this year*, Reuters, 26.6.08, <http://www.reuters.com/articlePrint?articleId=USL2661036420080626>

Inmitten der andauernden Krise in Somalia deuteten sich seit Jahresbeginn einige positive Entwicklungen hinsichtlich einer Friedensregelung an.

Im November 2007 ernannte TFG-Präsident Abdullahi Yusuf einen neuen Premierminister. Nur Adde Hassan Hussein, vormals Leiter des Roten Halbmonds Somalia, gilt als qualifizierter und dialogbereiter Mann, dessen Ernennung weithin begrüßt wurde. Er signalisierte Gesprächsbereitschaft nach allen Seiten, auch in Richtung militante Opposition.

Zugleich erhielt Somalia verstärkt internationale Aufmerksamkeit: Im August 2007 hatte der UN-Sicherheitsrat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon beauftragt zu überprüfen, ob es möglich sei, eine UN-Mission nach Somalia zu schicken, die die überlasteten AU-Einheiten ersetzen könnten. Im November hatte Ban eine UN-Mission abgelehnt, jedoch die Option einer multinationalen, aus einer „Koalition der Willigen“ bestehenden Friedenstruppe befürwortet.<sup>10</sup> Im März 2008 nahm der UN-Sicherheitsrat die Entsendung einer UN-Friedenstruppe nach Somalia erneut auf die Tagesordnung. Ban Ki-moon war nun bereit, die Entsendung einer UN-Friedensmission von 27.000 Soldaten zu empfehlen, allerdings erst nach Abschluss eines Waffenstillstands und nach Beginn eines äthiopischen Abzugs.<sup>11</sup>

Das wachsende Interesse der internationalen Gemeinschaft an Somalia rührt nicht allein aus der humanitären Krise, sondern auch aus der wachsenden Sorge über die eskalierende Piraterie. Frankreich und die USA brachten eine Resolution ein, die ausländischen Mächten zunächst für sechs Monate eine Intervention in somalischen Gewässern zu Zwecken der Pirateriebe-

---

<sup>10</sup> *UN chief opposes Somalia peacekeepers*, Washington Post, 10.11.07, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/11/10/AR2007111000276.html>.

<sup>11</sup> *Somali UN peace force considered*, BBC 19.3.08, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7304275.stm>.

kämpfung gestattet und am 2. Juni 2008 verabschiedet wurde.<sup>12</sup> In Reaktion darauf erklärte ein Sprecher der ICU, unter der Herrschaft der islamischen Gerichte 2006 sei die Piraterie effektiv bekämpft worden. Erst seit der von der internationalen Gemeinschaft zugelassenen und geförderten äthiopischen Intervention sei das Problem erneut akut geworden.<sup>13</sup>

Parallel dazu intensivierte der UN-Sondergesandte für Somalia, Ahmedou Ould-Abdallah, seine Bemühungen, die verfeindeten Seiten zu einer Einigung zu bringen, die den Weg für einen UN-gestützten Friedensprozess eröffnen würde. Ab Mitte Mai fanden in Djibouti Gespräche statt, die sich ausgesprochen schwierig gestalteten. Beide Seiten kommunizierten zunächst nicht direkt miteinander. Beteiligt waren Vertreter des TFG und Teile der in der ARS organisierten Opposition. Andere Teile der Opposition lehnten jegliche Gespräche mit dem TFG ab, solange die äthiopischen Truppen nicht abgezogen worden seien. Vertreter somalischer zivilgesellschaftlicher Gruppen (darunter auch somalische Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung) brachten ihre Positionen in die Gespräche in Djibouti ein.

Am 9. Juni 2008 unterzeichneten die Verhandlungsführer beider Seiten in Djibouti ein Abkommen, wonach ein Waffenstillstand innerhalb von 30 Tagen nach Unterzeichnung in Kraft treten und innerhalb einer weiteren Dreimonatsfrist zum Abzug der äthiopischen Truppen und ihrer Ersetzung durch eine UN-Friedensmission führen sollte.<sup>14</sup> Die AU und die EU, die Arabische Liga und die Organisation der Islamischen Konferenz fungierten als Zeugen des Abkommens.

---

12 UN Security Council Resolution 1816, <http://www.un.org/News/Press/docs/2008/sc9344.doc.htm>.

13 UN, *West Responsible for Piracy – Islamists*, Garowe Online, 6.6.08, <http://allafrica.com/stories/200806060980.html>.

14 Der Text des Abkommens ist wiedergegeben in *Scholars sceptical about recent Djibouti agreement*, Shabelle Media Network, 13.6.08, <http://allafrica.com/stories/200806130285.html>.

Das Djibouti-Abkommen ist das bislang vielversprechendste Papier für den Friedensprozess seit dem Einmarsch der äthiopischen Armee in Südsomalia Ende 2006 dar. Doch es bleiben viele Fragen offen. Viele Akteure stehen dem Abkommen skeptisch gegenüber. Militärisch wichtige Kräfte der inzwischen gespaltenen Opposition lehnen das Abkommen grundsätzlich ab. Die für Mekka (Saudi-Arabien) geplante formelle Unterzeichnung des Abkommens wurde mehrfach verschoben, Mitte Juli 2008 war das Abkommen immer noch nicht unterzeichnet. Die in dem Abkommen festgelegte Zeitplanung war von vornherein unrealistisch. Optimisten in der Somalia-Diplomatie betonen, es sei ermutigend, dass überhaupt ein Abkommen zustande gekommen sei. Nun hoffen sie auf zwei Komitees, die den Prozess weiter voranbringen. Pessimisten dagegen sehen grundsätzlich kaum Realisierungschancen, da Hardliner auf beiden Seiten alles tun würden, um das Abkommen zum Scheitern zu bringen. Völlig offen ist auch, unter welchen Bedingungen die äthiopische Regierung dem Rückzug ihrer Truppen zustimmt, und ob die internationale Gemeinschaft und die UN bereit und in der Lage sind, in kurzer Zeit Friedenstruppen für Somalia bereit zu stellen.

Angesichts der eskalierenden Gewalt und der sich verschärfenden humanitären Krise wären ermutigende und konstruktive Signale politischer Akteure dringend nötig.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt in Südsomalia mit dem National Civic Forum und der Frauenorganisationen Save Somali Women and Children die Arbeit zweier Organisationen, die sich dem nationalen Dialog sowie der Stärkung der Beteiligung von Frauen im politischen Prozess verschrieben haben und aktiv für die Realisierung des Djibouti-Abkommens werben.<sup>15</sup>

---

15 Für Hintergrundinformationen zu Somalia und speziell zur Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen vgl. Heinrich-Böll-Stiftung, *Somalia: Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung*, Berlin

## Somaliland: Fragile Stabilität

Weitgehend unbeobachtet von der Weltöffentlichkeit gelang es dem nach Unabhängigkeit strebenden Somaliland, also dem nordwestlichen Teil Somalias, der bis 1960 britische Kolonie gewesen war, trotz großer wirtschaftlicher Probleme von den Konflikten Süd- und Zentral-somalias weitgehend unberührt zu bleiben. Statt dessen nutzte die Regierung Somalilands unter Präsident Dahir Riyale die Krise in Mogadischu als Argument für verstärktes Werben um internationale Anerkennung. Tatsächlich findet Somaliland viel internationales Wohlwollen. Dennoch wird Somaliland die formelle Anerkennung als unabhängigen Staat vermutlich für die nächsten Jahre verwehrt bleiben: Sie würde einen im afrikanischen Kontext problematischen völkerrechtlichen Präzedenzfall schaffen, an dem weder Äthiopien (aufgrund der zahlreichen separatistischen Tendenzen im eigenen Land) noch andere afrikanische Staaten interessiert sind. Eine formelle Anerkennung könnte laufende Friedensbemühungen in Süd- und Zentral-somalia schwieriger machen, als sie ohnehin sind. Darüber hinaus drohte sie den Konflikt um die Regionen Sool und Sanaag an der Ostgrenze zum Puntland weiter zu verschärfen. Dieser langjährige Konflikt eskalierte erneut im Herbst 2007, als Las Anod, die Regionalhauptstadt von Sool, von Truppen Somalilands besetzt wurde.

Im Gegensatz zum restlichen Somalia hat Somaliland seit den 1990er Jahren die gewaltsam ausgetragenen Binnenkonflikte beendet, ein staatliches Gewaltmonopol etabliert und bemerkenswerte Erfolge beim Aufbau staatlicher Strukturen und demokratisch legitimer Regierungsinstitutionen erzielt.<sup>16</sup> Allerdings gestal-

teten sich die Beziehungen zwischen den politischen Institutionen nicht immer einfach. Mit Unterstützung der Guurti, der zweiten, aus ernannten Vertretern der Clans zusammengesetzten Kammer des Parlaments, versuchte Präsident Riyale im Frühjahr, seine regulär im Mai 2008 endende Amtszeit zu verlängern. Die beiden zugelassenen Oppositionsparteien drängten auf zügige Wahlen. Der Konflikt führte zu schweren innenpolitischen Spannungen, begleitet von einem Bombenanschlag, Truppenpräsenz in den Straßen der Hauptstadt Hargeisa und der Verhaftung eines prominenten Oppositionspolitikers. Die Wahlkommission Somalilands vermittelte zwischen den Parteien: Am 20. Mai 2008 wurde ein Kompromiss erzielt, der Lokalwahlen am 15. Dezember 2008 und Präsidentschaftswahlen für den 15. März 2009 vorsieht.<sup>17</sup>

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt in Somaliland mit Nagaad Umbrella Organisation eine Dachorganisation von Frauen- und Umweltgruppen, die sich neben allgemeiner Frauenrechtsarbeit insbesondere um Partizipation von Frauen in politischen Prozessen und Institutionen bemüht und Regierungsinstitutionen Somalilands bei der Ausarbeitung einer nationalen Genderpolitik berät. Darüber hinaus unterstützt die Stiftung die Arbeit mehrerer lokaler Umweltorganisationen, die durch Aufklärung das Verständnis für Umweltprobleme des Landes wecken und Alternativen zur extensiven Nutzung von Holzkohle entwickeln. Die Stiftung und ihre Partner in Somaliland werden darüber hinaus in den nächsten Monaten die Wahlen mit Bildungs- und Dialogmaßnahmen begleiten.

---

2008, <http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/Somalia-i.pdf>

<sup>16</sup> Vgl. Mohammed Hassan Ibrahim & Ulf Terlinden, *Friedensstiftung und Wiederaufbau der Institutionen: Somaliland – eine Erfolgsgeschichte?*, in: Heinrich-Böll-Stiftung 2008, S. 58-77, sowie Mark Bradbury, *Becoming Somaliland*, London: Progressio 2008.

---

<sup>17</sup> *Unease in Somaliland Following President's Term Extension*, Garowe Online, 14.4.08, <http://allafrica.com/stories/200804150116.html>; *Elections Timetable Consensus Reached in Somaliland*, Garowe Online, 20.5.08, <http://allafrica.com/stories/200805210012.html>.

## Horn von Afrika

Die IGAD-Region ist ein Subkontinent voller Gewaltkonflikte. Die wenigsten von ihnen lassen sich isoliert, das heißt nur auf ein einzelnes Land bezogen, betrachten. Die Krise in Kenia nach den Wahlen im Dezember 2007 zeigt das sehr gut. Die ganze nördliche Hälfte Ostafrikas (Uganda, Rwanda, Südsudan) sowie die internationalen Hilfsoperationen für Somalia sind von Kenia als regionaler Drehscheibe abhängig. Die krisenbedingte Unterbrechung der Transportwege entlang der Route Mombasa–Nairobi–Kampala führte innerhalb weniger Tage zu Versorgungsengpässen in Uganda und seinen Nachbarstaaten. Obwohl es keinerlei Belege dafür gibt, dass ugandische Soldaten während der Krise auf kenianischem Territorium waren, hielten sich gleichlautende Gerüchte hartnäckig. Ugandas Präsident Yoweri Museveni wurde in Kenia von vielen als wichtigster Unterstützer Präsident Kibakis wahrgenommen, vereinzelt kam es zu Protestaktionen gegen Uganda. Das zeigt, wie stark die Region verflochten ist. Im Falle einer weiteren Eskalation der kenianischen Krise, wäre eine militärische Intervention der Nachbarstaaten nicht auszuschließen gewesen. Ebenso machte die kenianische Krise deutlich, dass die Ostafrikanische Gemeinschaft (East African Community – EAC) nicht in der Lage ist, eskalierende innenpolitische Konflikte in Mitgliedsstaaten zu entschärfen.

Viele Konflikte anderer Staaten am Horn von Afrika sind zugleich innenpolitischer und zwischenstaatlicher Natur. In der Region ist ein Konfliktsystem entstanden, das langlebige und schwer zu bearbeitende Gewaltkonflikte hervorgerufen hat. Viele dieser Konflikte sind aus regionaler Marginalisierung gegenüber einem oft autoritären Zentralstaat hervorgegangen. Ihre Dauer beruht auf einer langen Geschichte von Feindschaft, Misstrauen und Rache. Die Konflikte werden durch die Koalitionslogik „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ weiter ange-

heizt. Zugleich tragen externe Akteure, die andernorts Stellvertreterkriege führen, und globale Agenden zur Konfliktverlängerung und Eskalation bei. Eine funktionierende regionale Sicherheitsarchitektur ist nicht in Sicht. Eine jüngst veröffentlichte Studie des Chatham House hat angesichts der Komplexität dieser Konflikte die Chance internationaler politischer Interventionen als gering bewertet. Sie empfiehlt eine pragmatische Unterstützung von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, die Sicherheit und humanitäre Belange ihrer Bevölkerungen am ehesten sicherstellen, unabhängig von ihrer politischen Orientierung.<sup>18</sup>

Der Konflikt zwischen Äthiopien und Eritrea und seine Auswirkungen auf Somalia sind ein klassisches Beispiel für die Komplexität der Konstellationen am Horn von Afrika: Der Grenzkonflikt, der 1998 und 2000 zu Kriegen zwischen beiden Staaten führte, spitzte sich erneut zu. Äthiopien ist nicht gewillt, das 2002 ergangene, im Wesentlichen zugunsten Eritreas ausgefallene Verdikt der Internationalen Grenzkommission in allen Details anzuerkennen. Um die internationale Gemeinschaft dazu zu bewegen, Druck auf Äthiopien auszuüben den Schiedsspruch anzuerkennen, begann Eritrea, die Arbeit der UN-Friedensmission (UNMEE) zu behindern. Das Mandat der Kommission lief Ende November 2007 aus, ohne dass sie ihre Aufgabe zu Ende führen konnte. Sie war gezwungen, sich auf eine „virtuelle“ Demarkation zu beschränken. Die Vereinten Nationen verlängerten das UNMEE-Mandat im Januar 2008 um weitere sechs Monate. Doch Eritrea versuchte, die UNMEE vollständig aus dem Land zu drängen und stationierte bewaffnete Kräfte in der Sicherheitszone. Die Situation an der Grenze, wo sich

---

18 Vgl. Sally Healy, *Lost opportunities in the Horn of Africa: How conflicts connect and peace agreements unravel*. London: Royal Institute of International Affairs (Chatham House) 2008, [http://www.chathamhouse.org.uk/files/11681\\_0608hornafrica.pdf](http://www.chathamhouse.org.uk/files/11681_0608hornafrica.pdf).



äthiopische und eritreische Soldaten mancherorts direkt gegenüberstehen, war extrem angespannt. Zwischenfälle werden erwartet.<sup>19</sup>

Beide Länder werden von Regierungen geführt, die in dem Grenzkonflikt eine Statusfrage sehen, deren Bedeutung weit über die ökonomische Frage des umstrittenen Territoriums hinausgeht und die von der angespannten militärischen Situation auch innenpolitisch profitieren.

Dies gilt vor allem für Eritrea, wo Präsident Isaias Afwerki eine militarisierte Autokratie geschaffen hat, in der jegliche Opposition unterdrückt und zahlreiche Jugendliche zu langjährigen Zwangsdiensten eingezogen werden. Eine Öffnung und Demokratisierung ist nicht in Sicht. Angesichts der prekären ökonomischen Lage Eritreas haben Hunderttausende das Land verlassen, obwohl an den Grenzen des Landes ein Schießbefehl besteht.<sup>20</sup> Der Konflikt mit Äthiopien liefert Afwerki eine kontinuierliche Bestätigung seiner aus dem Befreiungskampf gegen Äthiopien rührenden politischen Legitimation, vermutlich die einzige, die ihm geblieben ist.

Auch Äthiopiens Präsident Meles Zenawi zieht aus seiner harten Haltung im Konflikt mit Eritrea Gewinn gegenüber innenpolitischen Gegnern, vor allem der Amhara-Elite. Die droht, ihn des „Ausverkaufs“ äthiopischer Interessen an Eritrea zu bezichtigen. Die innenpolitische Situation entspannte sich, seit Führer der Proteste gegen die vermuteten Wahlfälschungen von 2005, gegen die zunächst Todesurteile ergangen waren, im Juli 2007 begnadigt und freigelassen wurden.

---

19 International Crisis Group, *Ethiopia and Eritrea: Stopping the Slide to War*, 5.11.07, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn\\_of\\_africa/b48\\_ethiopia\\_and\\_eritrea\\_stopping\\_the\\_slide\\_to\\_war.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/b48_ethiopia_and_eritrea_stopping_the_slide_to_war.pdf); International Crisis Group, *Beyond the Fragile Peace between Ethiopia and Eritrea: Averting New War*, 17.6.08, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn\\_of\\_africa/n4d\\_the\\_fragile\\_peace\\_between\\_ethiopia\\_and\\_eritrea\\_averting\\_new\\_war.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/n4d_the_fragile_peace_between_ethiopia_and_eritrea_averting_new_war.pdf)

20 Peter Martell, *Not so fond farewell to Eritrea*, BBC, 10.3.08, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7283293.stm>.

Die Opposition ist allerdings zersplittert und beschränkt sich auf einige Städte. Die Wahlen im April 2008 waren weniger von Druck und Einschüchterung als von einem Gefühl der Alternativlosigkeit begleitet. Sie bescherten der Regierungspartei beträchtliche Erfolge. Derweil führten militärische Operationen in der von ethnischen Somalis besiedelten Ogaden-Region im Osten Äthiopiens zu Angriffen auf zivile Ziele und zu einer schweren Krise in der Nahrungsmittelversorgung. Zugleich beklagten Hilfsorganisationen die Behinderung ihrer Arbeit im Ogaden.<sup>21</sup> Trotz all dieser Defizite in der Regierungspolitik ist Äthiopien ein Partner „des Westens“ geblieben, den die USA im „globalen Krieg gegen den Terror“ als ihren wichtigsten Verbündeten in der Region betrachten.

Äthiopien und Eritrea führen in Somalia einen Stellvertreterkrieg. Das erschwert die Lösung des Somalia-Problems erheblich. Die Intentionen der äthiopischen Regierung in Somalia sind durchaus umstritten: Viele Somalis unterstellen dem „Erbfeind“, Somalia durch Zersplitterung am Boden halten zu wollen. Dagegen macht die äthiopische Regierung Sicherheitsinteressen geltend und sollte an der Etablierung einer stabilen, Äthiopien gegenüber freundlich eingestellten Regierung in Somalia interessiert sein. Die Regierung Eritreas unterstützt Äthiopien-feindliche Kräfte in Somalia, darunter militante Islamisten. Dies hat zu einer wachsenden Konfrontation mit der US-Außenpolitik geführt, die Eritrea im Oktober 2007 auf die Liste derjenigen Staaten zu setzen drohte, die den internationalen Terrorismus unterstützen. Die internationale Isolierung Eritreas nahm weiter zu, als die Regierung im Mai 2008 Soldaten an die Grenze zu Djibouti zusammenzog und es Mitte Juni zu Kämpfen kam.

---

21 Human Rights Watch, *Collective Punishment: War Crimes and Crimes Against Humanity in the Ogaden area of Ethiopia's Somali Region*, June 2008, <http://www.hrw.org/reports/2008/ethiopia0608/>.

Uganda gehört nicht zum Konfliktfeld des engeren Horns von Afrika. Wie andere Staaten der ostafrikanischen Gemeinschaft in den vergangenen Jahren hat Uganda eine positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung genommen und ist ein international respektiertes Land geworden. Allerdings ist Uganda schon lange in das zweite große regionale Konfliktfeld Afrikas im Gebiet der Großen Seen involviert. Im August und September 2007 kam es zu Gefechten zwischen ugandischen und kongolesischen Soldaten entlang der nicht präzise definierten Grenze im Albertsee, wo Erdölbohrungen durchgeführt werden. Später verständigten Uganda und die Demokratische Republik Kongo sich darauf, das Gebiet zu demilitarisieren und über eine einvernehmliche Regelung zu verhandeln. Diese Episode zeigte einmal mehr das Konfliktpotential, das im voranschreitenden Ausbau der Rohstoffexploration und -förderung in der Region Ostafrika / Horn von Afrika steckt.

Die Hoffnung, den im August 2006 beschlossenen Waffenstillstand zwischen der ugandischen Regierung und den Rebellen der Lord's Resistance Army (LRA) mit einem Friedensabkommen abzuschließen, muss als gescheitert betrachtet werden. Mit Unterstützung der sudanesischen Regierung hatte die LRA in Norduganda jahrelang einen Krieg geführt, der von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet gewesen war. Als LRA-Führer Ende Oktober 2007 Kampala besuchten, schien ein Durchbruch bei den Verhandlungen bevor zu stehen. Die LRA zog sich jedoch von der für Ende März 2008 geplanten Unterzeichnung des Abkommens zurück, wohl aufgrund der bestehenden Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen LRA-Militärführer. Seither hat die LRA angeblich begonnen, von ihren Basen in unzugänglichem Grenzgebiet zwischen dem Sudan, der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo aus Ressourcen für einen neuen Krieg zu mobilisieren. Die ugandische Regierung warb bei den Regierungen des Südsudan und der Demokratischen

Republik Kongo für gemeinsame Militäraktionen, denen geringe Erfolgschancen beigemessen werden.

Der Sudan ist ein Land schwerer Konflikte, die mit den Nachbarstaaten verknüpft sind. Das im Januar 2005 abgeschlossene Comprehensive Peace Agreement (CPA), das den jahrelangen Bürgerkrieg im Süden beendete und mit Wahlen 2009 und mit einem Referendum im Süden 2011 für eine umfassende Friedensregelung sorgen soll, geriet im Herbst 2007 in eine schwere Krise. Den Hintergrund bildeten Verzögerungen bei der Truppenintegration, Unklarheiten bei der Teilung der Öleinnahmen sowie ein Konflikt um die Grenzziehung in der ölreichen Region Abyei. Im Oktober 2007 suspendierten die Minister der Sudanese People's Liberation Movement (SPLM) ihre Mitarbeit in der Nationalen Einheitsregierung in Khartoum. Die Krise war begleitet von Warnungen beider Seiten, man sei zur Not zum Krieg bereit, aber auch von intensiven Verhandlungen. An ihrem Ende standen eine Kabinettsumbildung und die Bestätigung beider Seiten, das CPA weiter umsetzen zu wollen. Daraufhin trat die SPLM Ende Dezember 2007 wieder in die Regierung ein.<sup>22</sup> Heftige Kämpfe in Abyei im Mai 2008 zeigten erneut die Fragilität des CPA. Beide Seiten verständigten sich darauf, die Abyei-Frage vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag klären zu lassen.<sup>23</sup>

So fundamental das CPA und seine Krise für die zukünftige Entwicklung des Sudan ist, die Wahrnehmung des Landes durch die Weltöffentlichkeit wurde vor allem durch den Darfur-Konflikt dominiert. Ein unter Ägide der AU Mitte

---

22 International Crisis Group, *Sudan's Comprehensive Peace Agreement: Beyond the Crisis*, 13.3.08, [http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn\\_of\\_africa/50\\_sudan\\_cpa\\_beyond\\_the\\_crisis.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/50_sudan_cpa_beyond_the_crisis.pdf).

23 *North and South Sudan agree on a package of outstanding issues*, Daily Nation, 24.6.08, [http://www.nationmedia.com/dailynation/nmgcontententry.asp?category\\_id=66&newsid=125967](http://www.nationmedia.com/dailynation/nmgcontententry.asp?category_id=66&newsid=125967).

2006 in Abuja (Nigeria) geschlossenes Friedensabkommen (Darfur Peace Agreement – DPA) war von Anfang an wirkungslos, da es nur eine von drei wichtigen Rebellengruppen unterzeichnete. Seither haben sich die Rebellengruppen weiter aufgespalten. Von Libyen vermittelte Friedensgespräche, die eine gemeinsame Position der Rebellengruppen bringen sollte, blieben ergebnislos. Die Sicherheitssituation in Darfur wurde noch unübersichtlicher.<sup>24</sup> Die Zahl der Menschen in den Flüchtlingslagern stieg im Jahr seit Unterzeichnung des DPA um über eine halbe Million auf insgesamt 2,2 Millionen. Die Zahl der zivilen Todesopfer ist heute geringer als in den Anfangsjahren des Konflikts. Das ist darauf zurückzuführen, dass erhebliche Teile der Bevölkerung inzwischen in Flüchtlingslagern leben. Der Ausbau einer UN- und AU-Einheiten gebildeten Truppe (UNAMID) zum Schutz der Zivilbevölkerung kommt nur schleppend voran.

Der Tschad ist seit langem Teil des Konflikts um Darfur. Im Januar 2008 beschloss die EU, militärische Einheiten zum Schutz von Flüchtlingen aus Darfur an der Ostgrenze des Landes zu entsenden. Anfang Februar, noch bevor diese Einheiten stationiert waren, unternahmen vermutlich vom Sudan unterstützte Rebellen einen Angriff auf die Hauptstadt N'djamena, um Präsident Idriss Deby zu stürzen. Dieser Versuch misslang. Doch es sind weitere Aktionen zu erwarten.<sup>25</sup> Am 10. und 11. Mai 2008 erreichten vom Tschad unterstützte Rebellen des Justice and Equality Movement (JEM) Omdurman, die Vorstadt der sudanesischen Hauptstadt am Westufer des Nils und lieferten sich heftige Kämpfe mit Regierungstruppen. Mit diesem Überraschungscoup bewiesen die Rebel-

len die Verletzbarkeit der sudanesischen Regierung.

Die politische Zukunft des Sudan hängt vom Gelingen der Implementierung des CPA ab. Die Position des Präsidenten Omar al-Bashir, seiner Partei National Congress Party (NCP) und der Sicherheitsapparate scheint geschwächt. Aber kaum ein Beobachter geht davon aus, dass die 2009 anstehenden Wahlen die Machtverhältnisse entscheidend verändern könnten. Schon aufgrund der hohen Öleinnahmen verfügt die NCP nach wie vor über ein erhebliches Manipulations- und Obstruktionspotential. Nach wie vor ist es wahrscheinlich, dass das für 2011 vorgesehene Referendum über den Status des Südsudan eine Entscheidung für die Unabhängigkeit bringen wird. Doch könnten Machtverschiebungen in Khartoum das durchaus in Frage stellen. Ohnehin wären die Konsequenzen einer Teilung des Sudan für im Norden des Landes lebende Migranten aus dem Süden und andere „afrikanische“ Bevölkerungsgruppen nicht unbedingt attraktiv.

Der am 14. Juli 2008 vorgelegte Antrag des Anklägers beim Internationalen Strafgerichtshof, einen Haftbefehl gegen Sudans Präsident al-Bashir wegen dessen Verantwortung für Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung in Darfur auszustellen, hat national und international großes Aufsehen erregt. Manche Kommentatoren haben diesen Schritt nicht nur als konsequente Anwendung menschenrechtlicher Prinzipien begrüßt, sondern erhoffen sich von ihm eine Schwächung des Präsidenten. Andere, darunter auch viele Sudanesen, die der Regierung kritisch gegenüberstehen, befürchten hingegen, die Anklage würde der NCP die Gelegenheit geben, die ohnehin begrenzten demokratischen Spielräume im Sudan einzuschränken, die humanitäre Arbeit der UN in Darfur zu behindern oder gar den gesamten Friedensprozess und das CPA zum Scheitern zu bringen. Innerhalb weniger Tage gelang es der sudanesischen Regierung, internationale Unterstüt-

---

24 International Crisis Group, *Darfur's New Security Reality*, 26.11.07,

[http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn\\_of\\_africa/134\\_darfur\\_s\\_new\\_security\\_reality.pdf](http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/horn_of_africa/134_darfur_s_new_security_reality.pdf).

25 Alex de Waal, *Making Sense of Chad*, 5.2.08, <http://www.pambazuka.org/en/category/features/45872>.

zung zu mobilisieren und die geplante Anklage als politisch motiviertes Komplott des Westens darzustellen.<sup>26</sup> Im Alltagsbetrieb einer von Wirtschaftsinteressen und religiös-kultureller Blockbildung geprägten Weltpolitik droht die prinzipienorientierte Initiative des Anklägers des Internationalen Strafgerichtshofs zum politischen Bumerang zu werden.

## Ausblick

Oberflächlich betrachtet, scheint Kenia bereits Mitte 2008 viele der unmittelbaren Folgen der Krise nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen überwunden zu haben und mit der „Großen Koalition“ zum politischen Tagesgeschäft zurückgekehrt zu sein. Führende politische Akteure positionieren sich bereits für die nächsten Präsidentschaftswahlen 2012. Einige Kommentatoren haben Kenia eine Tendenz zur „Amnesie“ attestiert: Glücklicherweise, eine Krise überwunden zu haben, versucht man sie und ihre Hintergründe zu vergessen und läuft Gefahr, dass die Geschichte sich wiederholt. In der Vergangenheit hat es zahlreiche Untersuchungskommissionen mit wertvollen Ergebnissen gegeben. Doch es wurden keine Konsequenzen daraus gezogen. Es bleibt also abzuwarten, ob dies wieder der Fall sein wird. Es liegt ein hoher Erwartungsdruck auf Premierminister Raila Odinga, den von ihm im Wahlkampf propagierten Wandel herbeizuführen, und sei es zunächst allein eher symbolisch. Größere soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen die Korruption gehören vorrangig dazu. Die Verfassungsreform, die ebenfalls für größere Verteilungsgerechtigkeit sorgen könnte, ist erneut auf

der Tagesordnung. Das für Kenia neue Modell einer Koalitionsregierung bietet zahlreiche Fallstricke, die Krisen hervorrufen können. Dennoch erscheinen die Aussichten für das Fortbestehen der gegenwärtigen Regierungskoalition auf absehbare Zeit gut.

Humanitäre Krise, Unsicherheit und Gewalt in Süd- und Zentralsomalia haben seit 2007 ein Ausmaß erreicht, das die internationale Gemeinschaft erneut auf den Plan gerufen hat. Bei aller Skepsis erscheint der Vorschlag, eine UN-Mission nach Somalia zu schicken, die derzeit hoffnungsvollste Option zu sein. Sie würde einen Abzug der äthiopischen Armee ermöglichen und damit Voraussetzungen für eine Friedensregelung schaffen. Angesichts der Überlastung der Vereinten Nationen und ihrer bekannten Langsamkeit macht die Forderung nach einer neuen UN-Mission deutlich, wie ratlos und verzweifelt man angesichts des Somalia-Problems ist. Die zweite Jahreshälfte 2008 wird zeigen, ob das in Djibouti abgeschlossene Waffenstillstandsabkommen in die Realität umgesetzt werden kann, oder ob es zwischen Hardlinern auf beiden Seiten und der Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft zerrieben wird.

Für das von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten betroffene Horn von Afrika insgesamt ist vorerst keine Besserung der Lage in Sicht. Die Ansätze einer regionalen Friedensarchitektur sind in dem aus Äthiopien, Eritrea und Somalia bestehenden Konflikt dreieck zerfallen. Eine robuste, unter internationaler Vermittlung erfolgende Friedensregelung für Somalia müsste die Interventionsbereitschaft und -fähigkeit seiner dominanten Nachbarn einschränken. Für Äthiopien scheint ein solches Szenario unwahrscheinlich angesichts der Rolle, die das Land trotz aller Defizite als „Partner des Westens“ spielt. Falls es erneut zu einem Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea kommen sollte, könnten sich die Kräfteverhältnisse am Horn nachhaltig ändern. Dennoch bleibt das Ergebnis eines bewaffneten Konflikts angesichts der Wider-

---

26 Für einen Kommentar sowie Links auf die laufende internationale Debatte vgl. Kirsten Maas-Albert, *Haftbefehl gegen den Präsidenten Sudans – Sieg der Menschenrechte oder Spiel mit dem Feuer?*, <http://www.boell.de/internationalepolitik/internationalepolitik-3874.html>.

standstraditionen und des Militarisierungsgrads der eritreischen Gesellschaft schwer kalkulierbar.

Im Norden Ugandas droht seit dem Zusammenbruch der Friedensverhandlungen mit der LRA erneut Krieg. Im Sudan hat der im CPA definierte Friedensprozess in den vergangenen Monaten mehrere schwere Krisen überstanden. Die Obstruktionsfähigkeit der NCP und des inzwischen von einer Anklage vor dem Internationalen Strafgerichtshof bedrohten Präsident al-Bashirs sind allerdings hoch.

Die Aussichten für eine Beendigung von Gewaltkonflikten im weiteren Horn von Afrika stehen nicht gut. Dies ist ein bedrückender Kontrast zu den positiven Perspektiven, die in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht für die Länder der ostafrikanischen Gemeinschaft bestehen – wenn es ihnen gelingt, auch schwere Binnenkonflikte auf dem Verhandlungswege erfolgreich zu bearbeiten, wie Kenia dies im Frühjahr 2008 getan hat.

## ABKÜRZUNGEN

AMISOM	African Union Mission to Somalia
ARS	Alliance for the Re-Liberation of Somalia
AU	African Union (Sitz: Addis Abeba)
CPA	Comprehensive Peace Agreement (Sudan, 2005)
DPA	Darfur Peace Agreement (Sudan, 2006)
EAC	East African Community
ICU	Islamic Courts Union (Somalia)
IGAD	Intergovernmental Authority on Development (Sitz: Djibouti)
JEM	Justice and Equality Movement (Sudan)
KANU	Kenya African National Union
LRA	Lord's Resistance Army (Uganda)
NARC	National Rainbow Coalition (Kenya)
NCP	National Congress Party (Sudan)
ODM	Orange Democratic Movement (Kenya)
PNU	Party of National Unity (Kenya)
SPLM	Sudanese People's Liberation Movement
UNAMID	United Nations / African Union Mission in Darfur
UNMEE	United Nations Mission to Ethiopia and Eritrea
TFG	Transitional Federal Government (Somalia)